

Wurden auch diese Hinweise vom Jugendamt Hameln ignoriert? / Energische Reaktionen aus dem Niedersächsischen Landtag

Der tatverdächtige "Pflegevater" und Dauercamper in Lügde soll den leiblichen Vater des Missbrauchsopfers mit dem Baseballschläger bedroht und ferngehalten haben

Montag 6. Mai 2019 - Hameln / Lügde (wbn). **Der leibliche Vater des Pflegekindes, das auf dem Campingplatz in Lügde zusammen mit anderen Kindern offenbar über Jahre hinweg von dem 56 Jahre alten hauptverdächtigen Dauercamper sexuell missbraucht worden ist, war offensichtlich doch nicht so passiv und teilnahmslos, wie es in dem Gesamtbild des familiären Umfeldes dieses Kinderdramas bisher den Anschein hatte.**

Es ist das Verdienst des NDR in „Hallo Niedersachsen“ den jungen Mann ausführlich und einfühlsam zu Wort kommen zu lassen.

Fortsetzung von Seite 1 Auch aus Sicht des leiblichen Vaters schneiden das Hamelner Jugendamt und besonders der sogenannte „Pflegevater“ nicht gut ab. Der Tatverdächtige soll den leiblichen Vater auf dem Campingplatz in Lügde mit einem Baseballschläger bedroht haben als dieser seine eigene Tochter sehen wollte weil er in Sorge war. Dafür gibt es demzufolge auch Zeugen. Der leibliche Vater hat dem Jugendamt auch alarmierende Hinweise auf den Grad der Verwahrlosung der Unterbringung auf dem Campingplatz in Lügde gegeben. Hinweise Jedoch nie einen Rückruf erhalten, so die Darstellung in der NDR-Magazinsendung. Dabei hatte er in mehrfachen Anrufen beim Jugendamt Hameln seinen Protest auf einem Anrufbeantworter hinterlassen. Von Beginn an habe das Sorgerecht bei der Mutter gelegen.

Er sei damals jung und naiv gewesen, habe selbst keinen Rückhalt bekommen, aber die Vaterschaft anerkannt. Heute mache er sich Vorwürfe nicht hartnäckig genug vorgegangen zu sein. Das Jugendamt Hameln habe ihn auch nach den Missbrauchsvorwürfen gegen den Dauercamper „Addy“ in Lügde weder mündlich noch schriftlich informiert. Von den Ereignissen habe er erst aus den Medien erfahren müssen.

Nachdem diese neuerlichen Vorwürfe gegen das Jugendamt am Wochenende im NDR bekannt worden sind haben sich heute der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer und die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Sylvia Bruns deutlich zu Wort gemeldet.

Der tatverdächtige "Pflegevater" und Dauercamper in Lügde soll den leiblichen Vater des Missbrauchsof

Geschrieben von: Lorenz

Montag, den 06. Mai 2019 um 16:25 Uhr

Dirk Toepffer (CDU): „Es ist unglaublich und nicht nachvollziehbar, was im Jugendamt von Hameln-Pyrmont vorgeht. Der leibliche Vater des betroffenen Pflegekinds gibt nach einem persönlichen Besuch auf dem Campingplatz in Lügde konkrete Hinweise auf die offensichtlich desolaten Zustände vor Ort, wird laut Zeugenaussagen vom Pflegevater vertrieben und das zuständige Jugendamt nimmt diese Hinweise nicht ernst. Den leiblichen Kindsvater dann mit Blick auf den Datenschutz nicht weiter zu informieren mag juristisch korrekt sein, fachlich mit Blick auf das Kindeswohl ist dies Verhalten des Jugendamts nicht nachvollziehbar. Besonders schwer wiegt aber, dass das Jugendamt den Kindsvater auch nach Bekanntwerden des sexuellen Missbrauchs an seiner Tochter nicht informiert und er das Schicksal seines Kindes aus den Medien erfahren musste. Mit Blick auf die weiteren bekanntgewordenen Details des Skandals um das Jugendamt in Hameln-Pyrmont sollte die Kreistagsmehrheit aus SPD, Grünen, Linke, dem Kreistagsmitglied Helmuth Mönkeberg und Landrat Tjark Bartels stark nachdenken, ob sie weiterhin die Einsetzung eines unabhängigen Sonderermittlers verhindern will. Dieses Verhalten hat mehr als einen schalen Beigeschmack.“

Sylvia Bruns (FDP): „Die Vorwürfe des leiblichen Vaters werfen neue Fragen auf. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum das Jugendamt Hameln-Pyrmont auf die konkreten Hinweise des Vaters nicht reagiert hat. Dass der Vater weder kontaktiert, noch über den sexuellen Missbrauch seiner Tochter informiert wurde, ist eine Bankrotterklärung des Jugendamtes und des Landrates. Wir stellen uns zudem die Frage, ob der Landrat bei seiner Befragung im Sozialausschuss wissentlich oder fahrlässig nicht die Wahrheit gesagt hat. Wir fordern, im nächsten Sozialausschuss umfassend und lückenlos informiert zu werden.“